



Pressemitteilung

Ansbach, 24.03.2011

Offene Linke zieht kommunalpolitische Konsequenzen aus Reaktorunglück:

"Wir wollen Ansbach zur Energieautonomen Kommune weiterentwickeln"

Windkraft bei Katterbach weiter Ziel der Bestrebungen: "Hubschrauber zu Windräder"

Nach den schrecklichen Ereignissen in Japan erklärte jetzt die Offene Linke: "Die Havarie des AKW in Fukushima hat erneut bewiesen, dass Atomkraft von Menschen nicht beherrschbar ist. Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens in Deutschland, ohne Verzug aus der Kernenergie auszusteigen und den Einsatz erneuerbarer Energiequellen zu beschleunigen. Um diese Ziele zu erreichen, muss auch die Kommunalpolitik vor Ort ihren Teil beitragen."

Dabei ist das Ziel der Offenen Linken, Ansbach bis zum Jahr 2020 zur "Energieautonomen Kommune" weiter zu entwickeln. Das bedeutet, dass im Stadtgebiet Ansbach mindestens soviel erneuerbare Energie erzeugt wird wie sich die Höhe des Gesamtstromverbrauchs der Rezatstadt beziffert (vgl. Klimaschutzkonzept der Stadt; Technisches Potenzial 2020: 82% erneuerbar bei drei Windrädern, Nabenhöhe 100m) . "Wir müssen die Regionalisierung der Energieerzeugung vorantreiben. So kann die Marktmacht der Atomkonzerne zurückgedrängt und bezahlbare Strompreise gesichert werden", betonte die Offene Linke. Es sei ein Skandal, dass die vier Stromriesen an jedem Schrottmeiler pro Tag eine Millionen Euro verdienen.

Um die "Energieautonome Kommune" zu verwirklichen, setzt die Offene Linke besonders auf Windkraft. Diese sei sowohl die Energiequelle mit dem geringsten Flächenverbrauch als auch mit der größten Wirtschaftlichkeit und energetischer Wertschöpfung. "Allerdings wollen wir Windräder auf denjenigen Flächen in Ansbach, die objektiv dafür am Besten geeignet sind", strich die Offene Linke mit Blick auf die Einschätzung der Stadtwerke vom März 2010 heraus, die eine Fläche nördlich Katterbachs als mit Abstand am sinnvollsten bewerteten. Windhöflichkeit und Einspeiseleistung sind demnach dort am Höchsten, ein zusätzlicher Leitungsbau nicht von Nöten.

Dass die US-Armee gerade diese Fläche aufgrund angeblicher Beeinträchtigungen ihrer Hubschrauberflüge verhindert hat, sei vor dem Hintergrund der aktuellen bundesweiten Energiedebatte nicht hinnehmbar und beweise zudem, dass die Militärpräsenz in Ansbach ein Hemmschuh für eine positive ökologische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ist.

Neben den Vorbelastungen durch die Kaserne, etwa beim Landschaftsbild, würden überdies große Teile der Bevölkerung im Umkreis Windräder befürworten: "Für viele Bürger wäre es eine Erlösung, wenn die Immissionen eines Windrads in Höhe von 30 Dezibel den unerträglichen Fluglärm mit über 90 Dezibel ersetzen würden", verglich die Offene Linke.

Die Bemühungen für einen Energiepark im Ansbacher Nordosten will das Wähler-Bündnis unter dem Motto "Hubschrauber zu Windräder" verstärkt vorantreiben. Ein klimafreundlicher Nebeneffekt einer resultierenden Reduzierung der militärischen Flugtätigkeit wäre eine deutliche Verringerung der Schadstoffbelastung in der Luft, stellte die Offene Linke abschließend fest: Mit 1.600 Liter Kerosinverbrauch pro Stunde belastet ein einziger US-Hubschrauber stündlich die Umwelt mit Feinstaub stärker als ein PKW mit einer Fahrleistung von 40.000 Kilometern.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat